

## Politischer Salon am 28.04.2019 – Hintergrunddokumente

*Tabelle A Konkrete Beispiele für Errungenschaften der EU*

Bereich	Beispiele
Allgemeine Politik	Friedenserhaltung seit dem Ende des 2. Weltkriegs trotz weltweiter Spannungen: es gab in der Geschichte Europas nie eine Friedensperiode von über 70 Jahren, stärkeres Gewicht der EU in der Welt (Handelsverträge)
Freizügigkeit in Europa	Freier Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital: europaweiter Handel ohne Zölle auch im Internet, Dienstleistungsaustausch in Grenzregionen (Erbringung handwerklicher Dienstleistungen ohne Einschränkungen in Luxemburg), Arbeitsaufnahme in jedem Mitgliedsstaat der EU, Abbau der Grenzkontrollen
Verbraucherschutz	Produktkennzeichnung, Gesundheits- und Sicherheitsstandards (Arzneimittel, elektrische Geräte), Verbot von unlauterem Wettbewerb in Verträgen, Passagierrechte, einheitliche und gedeckelte Roaminggebühren, Warnhinweise auf Zigarettenpackungen, Schutz lokaler Produkte (Reinheitsgebot für Bier, Schutz von Pizza und Parmaschinken)
Umweltschutz	Bleifreies Benzin, Entsorgung alter Elektrogeräte, Plastikabfall, Registrierung und Kontrolle von Chemikalien (Glyphosphat), Lebensmittelsicherheit, Lärmschutz
Regionalförderung	Unterstützung lokaler Projekte (siehe TV-Artikel in der Osterausgabe, Integration der ehemaligen DDR)
Justizbereich	Länderübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz
Wettbewerbsrecht	Verfolgung von Preisabsprachen und Marktbehinderung (Dieselsoftware, Apple, Microsoft), Dumpingverstöße bei Produkten aus Nicht-EU-Staaten (von Stahl bis Himbeeren), unzulässige Marktmacht (Ryanair vs Air Lingus)
Allgemeine Wirtschaftspolitik	Einführung des Euros: Reduktion der Transaktionskosten und damit Wachstumsimpuls für die nationalen Wirtschaften
Spezielle Politiken	EU-weite Fischfangquoten, gemeinsames Handeln beim BREXIT, Gleichbehandlung (Gender equality)

**Tabelle B Argumente gegen Populismus im Zusammenhang mit der EU**

Argument	Gegenargument
EU ist zu teuer	Die Gesamtkosten der EU in Höhe von derzeit 160 Mrd. € sind gerade einmal 1,05 % des Bruttonationaleinkommens, von denen 94 % zurück in die Mitgliedsstaaten fließen, d.h. die Verwaltungskosten betragen etwa 6 % des Gesamtbudgets
Aufgeblähter Personalbestand	Die Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt etwa 44.000 Personen, davon 22.000 Beamte; das sind gerade einmal etwa 9 Beschäftigte auf 100.000 Einwohner
Die EU ist unbürokratisch	Die EU hat die gleiche Struktur wie Deutschland: Parlament (EP), Rat und Verwaltung (Kommission). Allerdings hat nur die Kommission ein Vorschlagsrecht für Rechtsakte (Wunsch der Mitgliedsstaaten), zumindest in der Theorie; in der Praxis gibt es eine enge Zusammenarbeit, so dass auch Wünsche für Rechtsakte anderer Institutionen in der Praxis berücksichtigt werden
Es gibt zu viele Rechtsvorschriften	Dieser Vorschlag ist zu pauschal; es ist im Einzelfall zu prüfen, inwieweit einzelne Vorschriften notwendig sind; es gibt Beispiele, die sich bereits negativ für die Bürger ausgewirkt haben (Wegfall der Verpackungsverordnung; seitdem gibt es keinen einheitlichen Bezug bei Lebensmitteln mehr); insgesamt hat die Juncker-Kommission bereits erste Schritte zur Vermeidung und zum Abbau von Rechtsakten eingeführt
EU-Ziele	Die Ziele der EU sind der Ausdruck des politischen Willens der Mitgliedsstaaten
Zinspolitik der EZB hat negative Auswirkungen auf den Sparer	Aussage ist richtig; gleichzeitig werden aber auch die Staatshaushalte der Mitgliedsstaaten entlastet; damit steigt der Ausgabenspielraum in der Zukunft; gleichzeitig steigen die monetären Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum (konstantes Wirtschaftswachstum seit 2009)
Verlust von nationaler Souveränität	In Zeiten globaler politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen ist nationale Souveränität in vielen Politikbereichen nicht mehr möglich; Ausnahmen sind die USA, Russland, China und vielleicht Indien; selbst im europäischen Maßstab große Länder wie Deutschland und Frankreich haben keine echten Chancen mehr
Allgemeine Skepsis gegenüber der EU	Allgemeine Stimmungsmache vor allem durch EU-kritische Parteien; Meinungsumfragen zeigen deutlich geringere allgemeine Skepsis

Flüchtlingskrise	Unabhängig von nationalen Entscheidungen fehlt der allgemeine politische Wille der Mitgliedsstaaten, das Problem zu lösen; jüngstes Beispiel: Widerstand gegen die Aufstockung der FRONTEX-Truppen aufgrund nationaler Interessen vor allem durch Länder wie Ungarn
Verletzung des Subsidiaritätsprinzips	Vorschlag zu pauschal: welche Politikbereiche sollen in einer zunehmend globalen Welt auf die Mitgliedsstaaten zurückübertragen werden?
Verschwendung/Korruption/Vetternwirtschaft	Die Umsetzung der Politiken liegt in den Händen der Mitgliedsstaaten; die EU-Institutionen haben bei weitem zu wenig Personal, um hier eine lückenlose Kontrolle zu gewährleisten
Deutschland als Nettozahler zahlt nur und erhält nichts dafür	Durch Exportabhängigkeit seiner Wirtschaft und Wegfall von Wechselkursschwankungen hat kein EU-Mitgliedsstaat mehr von der EU profitiert als Deutschland.
Neoliberale Wirtschaftspolitik	Dieser Vorwurf ist in der Tat berechtigt: Investitionen zur Rettung von Banken, aber geringere Anstrengungen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit. <i>Anmerkung: so ein Vorwurf dürfte kaum von Populisten kommen, sondern eher von informierten Bürgern.</i>